

# Leipziger Tageblatt

und  
**Handels-Zeitung**

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 598

Hauptredaktion: Dr. Coert, Leipzig

Sonnabend, den 23. November

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1918

## Frankreichs Vernichtungswille

### Amtsliche Bekanntmachungen des A.- und G.-Rates

#### Korpsbefehl betreffend Entlassungsantrag

Zur Folge des Erlasses des Kriegsministeriums ist angeordnet worden, daß jeder Soldat bei der Entlassung einen Entlassungsantrag erhält. Durch diese Verfügung ist nicht die frühere Hoffnung erweckt worden, daß jeder Soldat einen Entlassungsantrag oder eine neue Uniform erhält. Diesen Wunsch zu erfüllen, liegt nicht im Bereiche der Möglichkeit, weil die Heeresverwaltung über die hierzu notwendige Anzahl von Uniformen bzw. Uniformen nicht verfügt. Die von der Heeresverwaltung in Arbeit genommenen Uniformen können daher keinesfalls in der ganzen Reichsarmee zur Verfügung gestellt werden, und nur an solche Soldaten zur Ausgabe gelangen, die besondere Bedürftigkeit nachweisen.

Im allgemeinen kann auf Zulassung eines solchen Antrages nicht gerechnet werden. Um Mißverständnissen vorzubeugen, wird darum bestimmt, daß ein Entlassungsantrag in der Regel die Uniform usw. zu betreffen ist, die sich zurzeit im Besitze des Mannes befindet. Soweit diese Uniformen nicht mehr zu den bisherigen Bestimmungen bei den zuständigen Stellen angefordert werden. Ein Anspruch auf neue Stücke besteht auf keinen Fall.

Der Entlassungsantrag ist sich zusammen aus: 1 Feldmähe, 1 Halsbinde, 1 Wollensocke oder Wulst, 1 Tuchhose, 1 Garnitur Leibwäsche, 1 Paar Socken oder Fußlappen, 1 Paar Stiefel oder Schnürschuhe. Ein Mantel wird nur bei Krankheit und nur bei Krankheit und großer Kälte mitgegeben. Die Mitgabe des Mantels ist in den Entlassungspapieren zu vermerken, damit die Bezirkskommandos später eine Kontrolle über die Zurückgabe der Mäntel ausüben können.

Erstige Vorkehrung ist den Leuten gegenüber am Tage, die angeben, ihre Uniformstücke und dergleichen verloren zu haben. In den meisten Fällen dürfte es sich hierbei um nicht rechtmäßige Veränderungen handeln.

Leute, die auf ihren Entlassungsantrag (bzw. Entlassungsdokumente) verzichten oder ihn in ihrer Zurückhaltung nicht beizubringen, geben dieselben an ihren Ersatztruppen teil. Von letzteren erhalten sie eine Bescheinigung über die voranzugemachte richtige Abgabe. Diese Bescheinigung berechtigt, bei der zuständigen Heeresbehörde den Antrag auf Erteilung eines Verzichtsbekanntgebens für Zurückhaltung, welche usw. zu stellen.

Die zuständigen Heeresbehörde prüft alsdann nach dem bisher geführten Verfahren die Bedürftigkeit des Antragstellers.

Kameraden! Seid mitleidig in Bezug auf die Bekleidung in euren Forderungen zurückhaltend und ersucht nicht durch unnötige Forderungen den Dienstbetrieb der Truppenteile. Selbstsücht ist auch hier das Gebot der Stunde.

Leipzig, 21. November 1918.  
Arbeiter- und Soldatenrat XIX. A. R.  
A. W. (W. T. B.)  
Stein.

Die aus dem Heide in geschlossenen Abteilungen nach ihrer Garnierung Leipzig zurückkehrenden Offiziere und Mannschaften werden in voller Ausstattung geschloßen nach der Kaserne ihres Truppenteils in Begleitung von Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrates geführt. Dort sind von den Offizieren und Mannschaften Abzeichen und Waffen niederzuliegen.

Arbeiter- und Soldatenrat XIX. A. R.  
Kornkommando.  
Vorsitz: H. Kell. (W. T. B.)

Alle Gefaschener, welche vor Antritt der neuen Regierung ein Verzeichnis mit Zurückstellung von Heeresdienstleistungen bei einer Verheiratung eingereicht haben, erhalten hiermit den Bescheid, daß sich das Verzeichnis durch die derzeitige Kriegslage erledigt hat und zu den Akten gelegt wird. Besondere Bescheinigung erfolgt nicht.

Leipzig, 22. November 1918.  
Die Soldatenräte der Bezirkskommandos I und II Leipzig. (W. T. B.)

Korpsbefehl.  
Verordnung über militärische Dienstleistungen.

Berlin, 18. November 1918.  
1. Mannschaften, die dauernd Wehrdienstleistungen leisten, sind zu entlassen. Werden sie weiter beschäftigt, sind sie freie Zivilarbeiter und sind solche zu behandeln.  
2. Mannschaften, die vorübergehend zu Wehrdienstleistungen, die sonst Wehrdienstleistungen sind, herangezogen werden, erhalten für jede Arbeitsstunde 50 Pf. Zulage.  
3. Mannschaften, die sich freiwillig zu besonderem Sicherheitsdienst über ihren Entlassungstermin hinaus mit schuldiger Rührungsdienst verpflichten, können für diesen Dienst angenommen und kommandiert werden. Sie erhalten eine monatliche Löhnung von 30 M. und eine tägliche Zulage von 5 M. als Führer und 3 M. als Mann.  
4. Die Mannschaften beziehen, solange sie mobil sind, mobile Löhnung, soweit sie immobil sind, immobile Löhnung, jedoch Wehrteile und Mannschaften monatlich 30 M.

Der Rat der Volksbeauftragten:  
Oberst. Laake, Dillmann, Scheidemann, Landsberg, Barth.  
Der Volksrat des Ausschusses des A.- und G.-Rates:  
Mollenhuth, Richard Müller.

Zusatz des Arbeiter- und Soldatenrates XIX. A. R.  
In Nummer 2 des vorstehenden Erlasses wird dar- hingewiesen, daß die Stundenzulage von 30 Pf. nur für solche vorübergehende Wehrdienstleistungen zu zahlen ist, die außerhalb des regelmäßigen Dienstes der Mannschaften liegen und sonst von Wehrdienstleistungen vertrieben werden. Die Zulage würde also j. B. für solche Mannschaften zu zahlen sein, die im Truppendienst tätig sind und vorübergehend zur Entlastung von Wehrdienstleistungen herangezogen werden.

Im übrigen bleiben weitere Ausführungsbestimmungen vorbehalten.  
Der Arbeiter- und Soldatenrat XIX. A. R.  
A. W. (W. T. B.)

Berlin, 23. November. (Drahtbericht.) Der Volksrat der Arbeiter- und Soldatenräte macht bekannt, daß er im Wehrdienstkommando, Schweißzimmer Nr. 1, eine Ausschussstelle für Presseverteilung eingerichtet hat.

### Arbeiter- und Soldatenrat.

Berlin, 23. November. (Drahtbericht.) Die Revolution hat ein neues Staatsrecht geschaffen. Für die erste Übergangszeit findet der neue Rechtszustand seinen Ausdruck in nachfolgender Vereinbarung zwischen dem Volksrat der Arbeiter- und Soldatenräte von Groß-Berlin und dem Rat der Volksbeauftragten:

1. Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte der Deutschen Sozialistischen Republik. Ihre Aufgabe ist es, die Ertragsergebnisse der Revolution zu behaupten und auszubauen, sowie eine Gegenrevolution zu verhindern.
  2. Bis eine Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte einen Volksrat der D. S. R. Republik gewählt hat, ist der Volksrat der Arbeiter- und Soldatenräte die Funktionen der Arbeiter- und Soldatenräte der Deutschen Republik im Einverständnis mit den Arbeiter- und Soldatenräten von Groß-Berlin aus.
  3. Die Verfassung des Rates der Volksbeauftragten durch den Arbeiter- und Soldatenrat von Groß-Berlin bedeutet die Übertragung der Exekutivgewalt der Republik.
  4. Die Beratung und Aushandlung der Angelegenheiten des Reiches durch den Volksrat der Arbeiter- und Soldatenräte ist bis zur endgültigen Regelung der Reichsangelegenheiten durch den Volksrat der Arbeiter- und Soldatenräte der Deutschen Republik im Einverständnis mit den Arbeiter- und Soldatenräten von Groß-Berlin aus.
  5. Vor der Beratung von Sachangelegenheiten durch den Volksrat ist der Arbeiter- und Soldatenrat von Groß-Berlin zu hören.
- Sobald als möglich wird eine Reichsversammlung von Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte zusammenberufen. Der Termin wird nach dem Ermessen gegeben werden.
- Im Anschluß an diese Vereinbarung, die das grundsätzliche Verhältnis der Arbeiter- und Soldatenräte zur Reichsregierung festlegt, sollen alsbald Richtlinien für die Arbeiter- und Soldatenräte herausgegeben werden.

### Die französische Gefinnung

Berlin, 23. November. (Eig. Drahtbericht.) In der deutschen Rundschau gegen die übermäßig strengen Waffenstillstandsbedingungen stellt die „Agence Havas“ der französischen Presse folgendes mit: Frankreich hat die Note, die Staatssekretär Solle an die Regierung der Franzosen, Engländer, Nordamerikaner und Italiener gerichtet hat, und in der Forderung der rein militärischen Bedingungen des Waffenstillstandes verlangt werden, beantwortet. Es liegen bereits zahlreiche Tatsachen vor, welche beweisen, daß der Waffenstillstand von unseren Feinden mit bösem Willen ausgeführt wird. Die Regierung der Entente werden Repressalien anwenden müssen gegen Missetäter, wie sie im Verräter Dohndorf begangen worden sind. Wenn aber Deutschland verlangen sollte, sich der Gesamtheit unserer Bedingungen zu unterwerfen, so würde der Waffenstillstand selbst wieder in Frage gestellt werden. Besondere Befehle sind erlassen worden, wonach die Zollkontrolle nicht an der ehemaligen Grenze des Deutschen Reiches gehandhabt werden soll, wie es Dr. Solle ausdrücklich fordert, sondern an der Grenzlinie, die vor 1870 bestand und die mit uns anberahen.

In Uebereinstimmung mit dieser halbamtlichen Anweisung ergeht sich die gesamte französische Presse in maßlosen heftigen Protesten gegen die Note Solles, der die Absicht unterstellt wird, als wolle Deutschland überhaupt die Waffenstillstandsbedingungen nicht mehr erfüllen.

### Französische Unzufriedenheit

Berlin, 22. November. Im Waffenstillstandsabkommen war bestimmt, daß jene deutschen Truppen, die nicht innerhalb der ihnen gesetzlich fest die Zustimmung französischer oder belgischer Gebiete vorliegen haben, zu Kriegsgefangenen gemacht werden. Hinsichtlich transportunfähiger Kranke und Verwundeter, die im Interesse ihrer Heilung und Befundung zurückgelassen werden müssen, steht die Sonderbestimmung des Artikels XI vor, daß sie vom deutschen Sanitätspersonal gepflegt werden sollen.

In dieser Gegenüberstellung tritt die Uebereinstimmung der beiden Parteien darüber klar zutage, daß zurückgelassene kampffähige Truppen Kriegsgefangenen werden, daß transportunfähige Kranke und Verwundete dagegen der Kriegsgesangenheit nicht verfallen sollen. Nachträglich besteht nun Frankreich auf der Forderung, daß die zurückgelassenen Verwundeten und Kranken als Kriegsgefangene anzusehen und zu behandeln seien. Diese Forderung steht in schroffem Gegensatz nicht nur zu dem Sinn des Waffenstillstandsabkommens, sondern zu allen Vereinbarungen, die im Laufe des Krieges auf diesem Gebiete getroffen worden sind.

Diese französische Forderung stellt die brutale Vergewaltigung aller Grundzüge des Rechts und der Menschlichkeit dar, die die moderne Kriegsgeschichte aufzuweisen hat. Ganz Deutschland muß gegen sie mit rühmlicher Offenheit und eifriger Entrüstung protestieren. Wir appellieren an das Urteil der Geschichte, wir appellieren an das Gewissen der Neutralen, an das Gewissen der ganzen Menschheit.

### Abtrennung des Rheinlandes von Deutschland?

Berlin, 23. November. (Drahtbericht.) Im Rheinlande wird mit zunehmendem Ernst die Frage der Loslösung vom Reich und die Bildung eines eigenen Staatswesens erogen. Seit einer Woche, so wird dem „Vorwärts“ aus Köln gemeldet, kaum in schwachen Umrisen erkennbar, liegt bereits ein für fertiger Plan vor; morgen kann Deutschland vor eine Tatsache gestellt sein. Die Grenzen des neu zu bildenden Staates sind noch nicht abgezeichnet; man ist aber bemüht, das Jura-Rheingebiet vollständig einzuschließen. Nach Süden hin wird man sich auf die Rheinfälle und Bellen stützen. Wie werden die Abtrennung als mit einer unermesslichen Last zu rechnen haben, sofern in Berlin nicht die sofortige Konsolidierung erfolgt und die Wahlen zur Konstituante mit größter Beschleunigung angeordnet werden. Die Dinge stehen auf dem Kopf.

### Das Ende der deutschen Okkupation in Polen

Von einem Leuten aus Polen zurückkehrenden Offizier wird uns geschrieben:

Nach den wenigen Zeitungsstimmen, die sich bisher mit dem Abzug der Deutschen aus Polen befaßt haben, könnte es scheinen, als habe sich dieser auf Grund einer Vereinbarung zwischen polnischer Regierung und Generalgouvernement Warschau gütlich planmäßig und, bis auf einzelne Härten, in geregelten Transporten ungestört vollzogen. In Wirklichkeit sind die Deutschen vom Generalgouvernement abwärts auf Grund eines in allen Gouvernements am 11. November von den Polen verübten bewaffneten Putzsches schmachlich hinausgeworfen worden und haben an fiskalischem und privatem Eigentum Werte, die zweifellos an die Milliarden mindestens heranreichen, in den Händen der Polen lassen müssen. Daß ein solcher Putzsch bevorstand, war für die Engländer seit langem klar, und besonders seit den Rückschlägen im Westen, dessen militärische Lage von jeder das Barometer für Stimmung und Aspirationen der Polen gebildet hat, war von allen Seiten der Militär- und Zivilverwaltung, Gouvernements, Zentralpolizeistellen, Kreisämtern, eindringlich vor den drohenden Ereignissen gewarnt worden. Waffen besaßen die Polen trotz des bis zuletzt bestehenden und unter Todesstrafe gestellten Waffenbesitzverbotes zwar nicht in Fülle, aber in ihren aus früheren Geheimbeständen und Einschmuggelungen aus Rußland und Deutschland gebildeten Waffenlagern doch in solcher Anzahl, daß sie nach Einführung der deutschen Soldatenräte den Angriff gegen die niemals ausgewechselten, zum größten Teile aus unzuverlässigen (Deutschen, Russen) und völlig verwerflichen Landsturmbataillonen bestehenden Truppenkörper, rund 40 000 Mann, wagen konnten.

Ihr in zwei Hauptgruppen untergebrachtes Militärlager trotz offener Uebergang der polnischen Regierung ins Entente-lager bis zuletzt mit Waffen, Munition und Bekleidung versehen, war hierfür nicht etwa die einzige Ursache, sondern die mit ihm verknüpfte, über das gesamte Generalgouvernement engmaschig verbreitete P. O. W. (polnische Militärorganisation), die seit länger als Jahresfrist auf den bewaffneten Aufstand gegen die Mittelmächte hinarbeitete und infolge der lähmenden geringen Kräfte des polnischen Sicherheitsdienstes nur vereinzelt Opfer an entarteten Führern und Mitgliedern bringen mußte, war die Hauptursache. Als dritter Todesengel der Deutschen wirkte der Volkshemismus, der mit der Masse der nach dem Vester Frieden aus Rußland zurückströmenden polnischen Rückwanderer einwanderete, sich, nur selten taugbar, im Generalgouvernement einnistete und die deutschen Truppen vergiftete. Seine Propaganda gegen die Deutschen betrieb er mit dem von den Massen urteilslos hingegenommenen Vorwurf, die Deutschen saugten das Land aus und entzögen dadurch dem Proletariat den notwendigen Lebensunterhalt. Tatsächlich hat Polen auch im Frieden niemals einen so großen Viehbestand gehabt wie jetzt, und nur der von den polnischen Juden mit einer auch von den deutschen Schiebern kaum erreichten Meisterhaft betriebene Wucher und Schleichhandel, der bei dem schwerreich gewordenen polnischen Bauer einsetzte, im Zusammenhang mit der Unfähigkeit der deutschen Zivilverwaltung zur Einföhrung einer vernünftigen Preispolitik hat zur Verelendung der polnischen Volksmassen geführt. Weizsäckend dafür ist, daß schon am Tage des Auszuges der Deutschen die Preise für wichtige Lebensmittel wie Speck, Mehl und Schweinefleisch um 100 bis 200 Prozent sanken.

Den Anstoß zum Handeln wird auch die kurz zuvor in Deutschland ausgebrochene Revolution, infolge deren man mit weiterer Demoralisierung der Besatzungstruppe richtig gerechnet hat, und die Anknüpfung Pilsudkiss in Warschau gegeben haben, den die deutsche Revolutionsregierung unerschütterlich in Freiheit gesetzt hatte. Er verfehlte die schon in Siebzehnte getriebene Gewissensprüfung der Polen in Kaserne. Opfer an toten und verwundeten deutschen Offizieren kostete zunächst die Nacht zum 11. November, in der bewaffnete bolschewistische mit Legionären gemischte Truppen in sämtliche Warschauer namhafte Hotels, in denen deutsche Offiziere und Zivilbeamte vermutet wurden, eindringen, die angetroffenen Offiziere und Beamten der Achselstücke und Waffen beraubten und die Widerstrebenden niederschossen. Die Entwaffnung eines Teils der Warschauer Besatzungstruppe, die sich trotz ihrer numerischen Ueberlegenheit nicht widerwehrte, hatte schon am Tage stattgefunden. Alles das war aber nur der Auftakt zum allgemeinen Putzsch vom 11. November.

Am Nachmittage dieses Tages überfielen gewerbeschwehrtete Truppen vom P. O. W.-Mitgliedern, meist junge Burken in der Hand älterer Führer, die Dienstgebäude der Militär- und Zivilverwaltung, die Provinzialämter, Schlachthöfe, Förstereien, Depots, Stallungen und Wirtschaftsgüter der Freisämter, Soldatenheime, Kraftwagenparks und Funkstationen, forberten die Waffen, die militärisch und politisch wichtigen Dienstgegenstände, wie Geheimakten, und das fiskalische Eigentum von militärischer oder wirtschaftlicher Bedeutung ab, nahmen Verhaftungen von besonders mißliebigen Persönlichkeiten vor und machten bei Widerstand von der Schußwaffe Gebrauch. In den wenigen Fällen, in denen die Truppe fest blieb, unterlagen die Polen in den sich darauf entwickelnden Straßenkämpfen, in den weitaus meisten Fällen lieferte die durch ihre Soldatenräte geleitete Truppe die Waffen widerstandslos ab und besiegelte damit das Schicksal der Besatzungsbehörden. Da sich die Vorgänge in allen Gouvernements annähernd gleich abgepielt haben und der



**Erfolg des Putsches** sich nur nach der Haltung der deutschen Truppe entscheiden, hat, so will ich mich auf die kurze Wiedergabe des Verlaufes in der Hauptstadt eines an die Grenze grenzenden Gouvernements beschränken, die von jeder einen Hauptberuf polnischer Propaganda gebildet hat. Dort lieferten von drei deutschen Kompanien zwei unerschrocken die Waffen aus, während die letzte Kompanie sowie der Maschinenabwehrzug, der bei den folgenden Straßenkämpfen auch in Tätigkeit trat, noch Gouvernementsstreifen blieben und die polnischen Banden mit Verlusten für sie zurückwies. Inzwischen verhandelte das Gouvernament mit den polnischen Führern, die in einem förmlichen Vertrage den Deutschen freien Abzug mit allem Eigentum zusicherten, und mit dem deutschen Soldatenrat über das Aushalten der Truppe bis zum Eintreffen militärischer Hilfe von der deutschen Grenze. Unter dem Schutze auch nur einer polnischen gebildeten Kompanie und des Maschinenabwehrzuges hätte sich zweifellos ein ehrenvoller Abzug mit allem Eigentum und privaten sowie fiskalischen Vorräten erzwingen lassen. So aber verübte der Maschinenabwehrzug unter seinem unqualifizierbaren Führer, einem Feldwebelintendant, am nächsten Morgen, die letzte Kompanie ließ sich widerstandslos entwaffnen, und der deutsche Soldatenrat setzte trotz aller Vorstellungen des Gouvernements den Abmarsch der waffenlosen deutschen Soldatenbanden für den Nachmittag des 21. November fest. Unter diesen Umständen mußte sich das Gouvernament, wollte es sich und die Zivilverwaltung nicht schützlich den Polen zur Pflanzung bis aufs Hemd preisgeben, zum gleichzeitigen Abzug entschließen. Dieser erfolgte im Fußmarsch nach der 12 Stunden entfernten ostpreussischen Grenzstadt unter Zurücklassung zahlloser Bekleidungs- und Vorratsstücke in den Kasinos, Soldatenheimen, Stellungen, Fuhrparks und Proviantkammern, deren Abfuhr die Polen hinterließen; zahlreiches Privatgütergut wurde geplündert, so daß nicht wenige Deutsche nur das nackte Leben aus dem Leibe trugen. Wo sich die Truppe dagegen ihre Soldatenrevolver bemächtigt und sich gewehrt hat, hat sie sich auch ehrenvoll durchgeschlagen und annähernd alles gerettet.

**Polnische Wühlereien und Agitation in Schlessen**

**Oppeln, 23. November.** (Drahtbericht.) Die großpolnische Agitation in Oberschlessen arbeitet gegenwärtig mit Hochdruck, um Stimmung für eine Angliederung an die polnische Regierung zu machen. In allen Orten haben große polnische Versammlungen stattgefunden, in denen allen betont wurde, daß Oberschlessen an Polen kommen muß. Deutsche, die gegen diese Reden protestierten, wurden nicht zu Wort gelassen.

**Breslau, 23. November.** (Drahtbericht.) Da die polnische Gefahr in Oberschlessen infolge der ununterbrochenen polnischen Propaganda immer bedrohlicher wird, haben die ober-schlesischen Städte eine gemeinsame Kundgebung an die gegenwärtige Regierung beschlossen. In der es heißt: Oberschlessen habe seit 800 Jahren nie zu Polen gehört. Die ganze Wälder des ober-schlesischen Industriebezirks ist durch seine Zugehörigkeit zu Preußen und Deutschland entstanden. Deutsche Intelligenz und deutscher Fleiß haben seine Bodenschätze gehoben und bearbeitet; sie erbrachten den vornehmsten und vornehmsten Landstrich zu Reichtum und Wohlstand gebracht, ihn zu einem unentbehrlichen Bestandteil des deutschen Wirtschaftslebens gemacht, dessen Fortentwicklung ständig für Preußen und Deutschland wirken muß.

\* Der bekannte bairische General Krafft von Dellmensingen, der Sieger von Rosen-Lurn-Post, wurde laut „Konstanzer Zeitung“ vom Soldatenrat in einem Hotel in Ulm verhaftet und nach Reu-Im gebracht.

\* Die österreichischen Marschälle und Obersten. In Wien wurde eine Verabredung des Staatsrats veröffentlicht, wonach alle Feldmarschälle, Generalobersten, Generale und viele Stabschefs in den Ruhestand versetzt werden.

Clemens und Koch sind einmütig zu Mitgliedern der Academie Française gewählt worden.

**Russische Zustände**

Wie es jetzt in Petersburg und Moskau aussieht, darüber liegen Berichte von Reisenden vor, die kürzlich aus Rußland zurückgekehrt sind. Der eine stammt von dem früheren Dumaabgeordneten J. Sablit und ist veröffentlicht in der letzten Zeitung „Jawnaïa Sinaï“. Sablit schildert die Verhältnisse in Petersburg. Dort sieht er aus den Wohnungen überhaupt nichts mehr anstehen werden. Ohne Erlaubnis des Wohnungsauswärtigen dürfen Möbel nicht befördert werden; sie werden, wenn es dennoch geschieht, von Notgardisten beschlagnahmt. Für Wohnungen und Möbel gibt es kein Versteigerungsrecht, nur noch für Kleider und Wäsche, doch sind auch darin in allerhöchster Zeit erhebliche Einschränkungen zu erwarten. Am 1. Dezember soll alles Geld vernichtet und an seiner Stelle sollen Arbeitsscheine eingeführt werden. Die Arbeitspflicht ist überall genau geregelt; zu den Arbeiten werden ausschließlich „Datschais“ (Bourgeois) verwendet; diese müssen die Rajons und Straßen reinigen, Waggons ein- und ausladen und Feldarbeiten verrichten. Die hierauf bezüglichen Bestimmungen werden mit ganz beschränkter Strenge in bezug auf Adressaten und Weisliche gehandhabt; man schikaniert sie in der niederträchtigsten Weise. Der Unterricht in den Schulen ist kostenfrei. Es gibt nur Schulen erster und zweiter Klasse. Die Eltern sind von der Erziehung völlig ausgeschlossen, und die Kinder bestimmen selbst darüber, welche Schulen sie besuchen wollen. Die Verpflegung gestaltet sich von Tag zu Tag schwieriger; ein Pfund Butter kostet 80 Rubel, ein Pfund Zucker 50 bis 60 Rubel, Brot 12 bis 15 Rubel, ein Hering 8 Rubel, ein Ei 3 bis 4 Rubel, ein Pfund Kartoffeln 3 bis 4 Rubel. Die Einwohner werden in öffentlichen Speisekellern verpflegt, doch ist diese Verpflegung auch nicht annähernd ausreichend.

Die Zustände in Moskau schildert ein von dort nach Minsk zurückgekehrter Flüchtling in der Kommerzial-Zeitung „Die Neue Zeit“ folgende: Dem früheren Ansehen nach haben das Leben und das Stadtbild keine Veränderung erlitten, doch ist das Leben ein wenig umgewandelt. In Lebensmitteln ist gar nichts mehr vorhanden; mit großer Mühe kann man noch irgendwo einen Hering austreiben, für den man dann 7 bis 8 Rubel das Stück bezahlen muß. Nicht besser steht es mit Brot, von dem man nur mit Mühe und besonderer Geschäftlichkeit, wenn man Glück hat, ein Stückchen für 10 bis 12 Rubel das Pfund erwirken kann. Vom freien Verkauf ist alles, sogar die Wäsche, ausgeschlossen, und das bedeutet, daß alle Lebensmittel dorthin eingeführt in Moskau von den von der Regierung angestellten „Ordnungsmännern“ bemerkt wird, erhaltungsgemäß abgenommen und eingezogen werden. Vom Handel ist keine Spur mehr, da alle Läden „nationalisiert“, d. h. von den Volkswirtschaften einfach den Eigentümern abgenommen und geplündert sind. Am schlimmsten treffen die „Kontrollposten“ die

**Die Nationalversammlung**

Berlin, 23. November. (Drahtbericht.) Zur Frage der Nationalversammlung gibt die „Deutsche Wg. Ztg.“ folgende Auffassung leitender Regierungskreise wieder: Verschiedene Auffassungen können in der jetzigen Regierung nur hinsichtlich des Zeitpunktes der Einberufung der Nationalversammlung bestehen. Aber auch hier geben lediglich sachlich-praktische und keineswegs politische Gesichtspunkte den Ausschlag. Die Bundesstaaten, deren Vertreter am nächsten Montag in Berlin zusammenzutreten werden, drängen sehr auf die Einberufung der Konstituante, und so gesehen, ist die ganze Frage schließlich auch eine Frage der Einseitigkeit des Reiches, die unter allen Umständen gewahrt werden muß. Ob es zu einer Verschmelzung des ganzen Reiches kommen wird, steht noch sehr dahin. Es ist anzunehmen, daß namentlich die süddeutschen Staaten nicht in die Abhängigkeit von Berlin kommen wollen. Immerhin ist im Reiches mit einer sehr viel größeren staatlichen Zentralisation zu rechnen, als bis jetzt vorhanden war. Die Regierung wird in jedem Falle an der Einberufung der Konstituante festhalten und sich auf keine andere Form der Schaffung definitiver Gesetzeszustände einlassen.

**München, 23. November.** (Eig. Drahtbericht.) Wie im Münchener Soldatenrat bekanntgegeben wurde, wird die bayrische Regierung eine Verladung der Nationalversammlung bis zum Frühjahr nicht zulassen. Die Vorstellungen bei der Berliner Reichsregierung bewegen sich dahin, daß die Nationalversammlung innerhalb zweier Monate einzuberufen sei. Noch stärker ist eine Einberufung der bayrischen Reichsregierung, die in der gleichen Angelegenheit nach Berlin abgegangen ist.

**Einberufung des Reichstags**

München, 23. November. (Eig. Drahtbericht.) Wie die „Münchener Zeitung“ erzählt, wird in bayerischen Kreisen der Reichstags der Antrag an den Präsidenten Fehrenbach vorbereitet, den Reichstag für die zweite Januarwoche einzuberufen. Die „Münchener Zeitung“ stellt fest, daß sich in den letzten Wochen über 30 Arbeiter- und Soldatenräte des Reiches gegen die Einberufung einer Nationalversammlung ausgesprochen haben.

**Die Regierungsgewalt in Berlin**

Berlin, 23. November. (Drahtbericht.) Wie der „Kolonialzeiter“ von informierter Seite erzählt, haben gestern Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Vollzugsrat stattgefunden, die eine schärfere Abgrenzung der Kompetenzen zum Gegenstand hatten. Die Exekutive befindet sich fortan ausschließlich in den Händen der Regierung, während der Vollzugsrat Kontrollorgan bleibt und damit jetzt den größten Einfluß auf alle wichtigen Regierungsmaßnahmen ausübt. Die A.-u.-S.-Räte, die jetzt in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis zum Berliner A.-u.-S.-Rat stehen, werden am die Mitte des nächsten Monats eine Delegiertenversammlung nach Berlin entsenden, die dann einen Zentralrat zu wählen haben wird, der gemeinsam, gemeinsamermaßen als das Parlament des Arbeiter- und Soldatenrates aufzutreten ist. Dieser Zentralrat wählt aus seinen Mitgliedern dann einen Vollzugsrat.

**Rundgebung des Feldheeres gegen die Spartakusgruppe**

Karlsruhe, 23. November. (Eig. Drahtbericht.) Durch Vermittlung des bairischen Landesheerführers wurden die Soldatenräte des Feldheeres angesprochen, als Protest gegen die Haltung der Spartakusgruppe durch Funkparol der vormaligen Reichsregierung Ober-Ost ihre Vertrauensauszusprechen. Von zahlreichen Soldatenräten des Feldheeres wurde auch dem bairischen Ministerium in militärischen Angelegenheiten bereits die Ablehnung der zu stimmenden Funkparole an die Reichsregierung bekanntgegeben.

**Rothmaliger Einigungsversuch der Liberalen**

Berlin, 23. November. (Drahtbericht.) Wie die „Vollst. Zeitung“ hört, schweben zurzeit Verhandlungen zwischen der Leitung der national-liberalen Partei und führenden Persönlichkeiten der früheren Fortschrittlichen Volkspartei über einen Zusammenschluß beider Gruppen zu einer einheitlichen deutschen Volkspartei.

**Regelverkehr in Hamburger Hafen**

Hamburg, 22. November. (Eig. Drahtbericht.) Auf der Elbe und im Hamburger Hafen macht sich in den letzten Tagen ein sehr reger Verkehr von ein- und auslaufenden Schiffen, die aus der Ostsee zurückkehren, bemerkbar. Auch größere tankantarkische Dampfer, die bisher im Marinestützort lagen, sind wieder in die Elbe gekommen. Die Schiffen treten dafür auf, daß eine umfassende Wiederaufnahme des Seeverkehrs bevorsteht. Alle wichtigen Großreedereien haben mit der Erneuerung in größerem Umfang begonnen, was wohl eine Folge der erwarteten Herabminderung der Wechsellagerung der deutschen Ernährung sein dürfte. Auch mit der Inbetriebnahme von Dampfern für große Fahrten wird begonnen. Der Postbetrieb auf den Werften dürfte in der nächsten Zeit recht reger werden. Von der Marine entsandene Beauftragte werden sich an allen Feuerstellen für den Dienst in der Handelsmarine.

**Möglichst schnell Präliminarfrieden!**

Alle Bemühungen, die feindlichen Mächte zur Milderung der grausamen Waffenstillstandsbedingungen zu bewegen, sind vergeblich gewesen. Wir müssen es als Tatsache hinnehmen, daß das linke Rheinufer besetzt wird, daß ein großer Teil unserer Verkehrsmittel in die Hand des Feindes fällt und der Versorgung der einheimischen Bevölkerung nicht mehr nutzbar gemacht werden kann, daß unsere Häfen blockiert werden und so nicht nur die Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen aus den feindlichen Ländern hinausgeschoben wird, sondern daß auch die während des Krieges stattgehabte Ergänzung unserer Vorräte aus den neutralen nördlichen Ländern in Fortfall kommt. Angesichts dieser Tatsache gibt es jetzt für unsere Diplomatie keine dringendere Aufgabe als die Herbeiführung eines Präliminarfriedens, der es allein ermöglichen kann, den ins Stoen geratenen Wirtschaftsbetrieb wieder in Gang zu setzen und die nahe gerückte Gefahr einer Hungersnot mit ihren Folgen abzumehren.

Die deutsche Regierung hat unter dem 12. November in einer Note an den Präsidenten Wilson vorgelegt, zunächst den Abschluß eines Präliminarfriedens ins Auge zu fassen und hinzugeben, daß sie wegen drohender Lebensmittelnot auf unverzüglichen Beginn der Verhandlungen besonderen Wert lege. Inzwischen wächst die Gefahr des Rußlandes von Tag zu Tag. Wie wir aus den Erklärungen der amtlichen Stellen entnehmen, sind wir in einigen der notwendigsten Lebensmittel nur noch für wenige Wochen eingedeckt. Das Gemeinwohl kann nicht aufleben, und den belmörderischen Kriegern sowie den aus den Kriegsbetrieben zur Entlassung kommenden Bevölkerungsgewalten, weil es an Rohstoffen und Kohlen fehlt. Da wirft sich die Frage vor selbst auf: was ist aus dem Angebot eines Präliminarfriedens geworden? Hat die deutsche Regierung bereits eine Antwort auf Wilson gegeben? Ist es nicht der Fall, so müssen wir fordern, daß unsere Diplomatie mit dem größten Nachdruck das Angebot wiederholt.

**Die Folgen der harten Ententebedingungen**

Berlin, 22. November. (Drahtbericht.) Die deutsche Waffenstillstandscommission hat den gegnerischen Vertretern folgendes mitgeteilt: Auf der linken Rheinseite, insbesondere im luxemburgischen Industriegebiet, werden außerordentlich große Zerstörungen des Wirtschaftslebens eintreten durch Fortfall der Zufuhren an Brennstoffen vom Niederrhein. Die luxemburgische und die lothringische Eisenindustrie werden mangels dieser Zufuhren zum Erliegen kommen. Da in diesen Gebieten über die Hälfte der Bevölkerung in der Eisenindustrie beschäftigt ist oder von ihr lebt, werden katastrophale Folgen entstehen durch Arbeitslosigkeit und Unruhen jeder Art. Die unzumessenen überhöhten Räumung hat bereits eine Reduktion der Wagnisstellung für die Feinde des Ruhrgebietes auf die Hälfte und für die Hochöfen- und Eisenindustrie auf ein Drittel zur Folge gehabt. Bei so geringer Wagnisstellung ist es ausgeschlossen, Sendungen an die linksrheinischen Gebiete vorzunehmen. Soll eine wirtschaftliche Katastrophe in Luxemburg und in den Eisendistrikten Lothringens, ganz abgesehen vom übrigen linksrheinischen Gebiet, abgewandt werden, so muß die Wagnisstellung um wenigstens 2500 Wagnis täglich erhöht werden, um die dringend notwendigen Brennstoffe der luxemburgisch-lothringischen Eisenindustrie zuzuführen. Soll aber ein geordneter Betrieb im ganzen linksrheinischen Gebiet überhaupt aufrechterhalten werden, so muß die Wagnisstellung um mindestens 4000 Wagnis täglich erhöht werden.

Die verbündeten Regierungen und Amerika stehen vor der Frage, ob sie an dem undurchführbar kurzen Räumungstermin weiter festhalten und dabei insbesondere in den luxemburgisch-lothringischen Eisengebietern katastrophale Zustände hervorrufen oder ob sie eine angemessene Verlängerung der Räumungsfrist herbeiführen wollen.

Entschieden sind die verbündeten Regierungen und Amerika im Interesse der Menschlichkeit und in Wahrung der Interessen der ihrer Obhut anvertrauten Gebiete zu einer angemessenen Fristverlängerung. So kommen sie dadurch außerdem in die Lage, das lothringisch-luxemburgische Eisenerz dem nieder-rheinischen Industriegebiet zuzuführen. Die luxemburgisch-lothringischen Eisenerzgruben würden ihre volkswirtschaftlichen und die Betrieb voll aufrechterhalten können. Wechselseitig würden durch die notwendige Erzeugung Arbeitslosigkeit und schwere Betriebsstörungen am Niederrhein, besonders auf der rechten Rheinseite, vermieden werden. Treten aber erst Ruhestörungen in den rechtsrheinischen Gebieten ein, so ist bei dem engen wirtschaftlichen Zusammenhang ein Uebergreifen auf das linksrheinische Gebiet unausbleiblich. Dies sollten die ohnmächtigen Mächte im allgemeinen wie im eigenen Interesse unter allen Umständen vermeiden und zu diesem Zwecke eine Verlängerung der Räumungsfrist um 15 Tage umgehend bewilligen.

Lin im Festlande des Abgeordnetenshauses fast — Verhandlungen: 1. Die Tätigkeit der Gesellschaft für Volksbildung im verflochtenen Jahre (Heinr. Pring zu Schmalz-Carolath). 2. Das Volksbühnen als Heimstätte geistiger Volkspflege (Geh. Studienrat W. Weichamp, Weiden-Schöneberg). 3. Die Kunst im Dienste der Volksbildung und Volksunterhaltung (Dr. J. Klaudius und J. Lewy). Die Verhandlungen sind öffentlich.

Die Leitung des Instituts für Braunkohlenforschung in Freiberg. Dem außerordentlichen Professor Dr. phil. Reinhold Grebe von Waltcher an der Technischen Hochschule in Dresden ist unter Anerkennung zum ordentlichen Professor der neuerrichteten Lehrstuhl für organische Chemie, insbesondere Chemie der Braunkohle, an der Bergakademie in Freiberg übertragen worden; er soll zugleich die Leitung des genannten, an die Bergakademie anzuschließenden großartigen Braunkohlenforschungsinstituts übernehmen.

Hochschulnachrichten. Dr. phil. Konrad Simon, früherer Dozent an der Technischen Hochschule in Danzig, später außerordentlicher Professor für technische Physik in Jena und seit 1912 ordentlicher Professor und Direktor des elektrotechnischen Instituts an der Universität La Plata in Argentinien, ist dort im Alter von 45 Jahren gestorben. — Obermedizinalrat Dr. jur. Oskar Poeschl, Mitglied des Reichsrats, Staatslicher Ämter in Berlin, ist am 20. November im 46. Lebensjahre gestorben. — Der Privatdozent für Augenheilkunde und erste Assistent an der Augenklinik der Universität Straßburg, Professor Dr. med. Hermann E. Pagenstecher, Stabsarzt eines bayerischen Feldjägerregiments, ist plötzlich gestorben.

Entdeckung alter Fresken in Spanien. In der Kirche St. Andrés zu Toledo entdeckte Dr. Angel Veguete in einem Nebenraum ein dreiteiliges Fresko, das durch spätere Uebermalung bisher den Blick entzogen geblieben war. Nach der Inschrift zu schließen, ist das Fresko, das die Heiligen Sebastian, Koranz und Andreas darstellt, am 10. Januar 1540 vollendet worden. Nach einer Mitteilung von „Kunstchronik“ und „Kunstmarkt“ glaubt Veguete, daß es sich hier um eine Arbeit des Juan de Borgona handelt, von dem man bisher nur bis zum Jahre 1532 verbürgte Nachrichten hatte.

Kleine Mitteilungen. Im Verlag Paul Cassirer, Berlin, erscheinen die ersten Hefen der Revue von Ewald Bernheim „Der Arbeiterbund“ und von Karl Kautsky „Des Hauses Habzburg Österreich und Ende“. Die beiden großen Theorien des Sozialismus nehmen hier das Wort zu Kernfragen des europäischen Neuanbaus. — Der Eigentümer des Hoftheaters Gera, Fritz Heinrich XXVII. von Reuß, hat mit dem Arbeiter- und Soldatenrat vereinbart, daß sein Theater zu Ehren der heimkehrenden Krieger im Laufe der nächsten Tage eintrittsfreie Soldaten-Vorfstellungen veranstaltet.

Der...  
Arbeits...  
Mittelm...  
In d...  
Deutsche...  
Regierun...  
sei bis...  
träder d...  
geteilt...  
ligen. J...  
angefah...  
verjorng...  
Rabunge...  
Die Jus...  
man au...  
Der hera...  
S. 10...  
Alber...  
in Reich...  
daß die...  
Anspruch...  
dürfte...  
Vorgängen...  
gesagt...  
im wesent...  
Mitteln...  
untern...  
gefallen...  
geringere...  
kahlen...  
gegriffen...  
werden...  
Eingänge...  
schung...  
den auf...  
worden...  
ordnungs...  
führung...  
noch durc...  
mittel, w...  
dahin, w...  
sorgung...  
samkeit...  
zeilig un...  
Durch...  
die schar...  
in fern...  
die Part...  
aller an...  
militäris...  
wartung...  
Wagnis...  
brauch...  
des J...  
in Umst...  
2000...  
genügend...  
whl...  
Regierung...  
R...  
Frankre...  
des E...  
Pr...  
lich S...  
biet...  
um zu...  
Luft...  
möglich...  
Die...  
religung...  
Krie...  
Sei...  
eines...  
Angriff...  
gonen...  
Frankrei...  
in Reich...  
Vorzuge...  
Andere...  
der das...  
Im Zusam...  
der Engla...  
24]



Die Ernährungsfrage

Berlin, 22. November. (Drahtbericht.) Vom Staatssekretär des Kriegsernährungsamts Wurm ergeht das folgende Schreiben an die Landesregierungen...

Aber auch die heimische Ernte ist geringer, als man sie in Rechnung gestellt hatte, namentlich bei den Kartoffeln. Dazu kommt, daß die letzten kriegsergebnissen das rollende Material stark in Anspruch nahmen...

Durch alle diese Veränderungen ist eine Lage entstanden, in der nur die schleunigste Heranführung von ausländischen Rohstoffen...

Deutsche Protestnote gegen französische Uebergriffe

Berlin, 22. November. (Drahtbericht.) An die gegnerischen Regierungen ist folgende Note gerichtet worden: Nach Aufhebung des Waffenstillstandes...

Krieg der Alliierten gegen die Sowjets

Heilingsfors, 23. November. (Drahtbericht.) Nach Mitteilung eines hier anwesigen Entenbischops hat der konzentrierte Angriff der Alliierten auf das Sowjet-Rußland...

Abendlichen Ufer des Finnischen Bujens in Betracht. Verschiedene verlässt aus Rosal, daß leichte englische Seestreitkräfte am Montag in dieser Richtung die Stadt passierten.

Französische Versprechungen für Eliaß-Lothringen

Strasbourg, 22. November. (Eig. Drahtbericht.) Wie die Straßburger Wälder melden, hat Clemenceau einer solchen kommissionarischen Kommission...

Die Uebergriffe unserer Kriegsschiffe

Wilhelmshaven, 22. November. Einer der letzten von der Uebergriffe der ersten Staffel unserer U-Boote zurückgekehrten Teilnehmer berichtet über die Abgabe der U-Boote an die englischen Seestreitkräfte...

Kiel, 22. November. Wie dem Wolffbüreau von zuständiger Seite mitgeteilt wird...

Der von einer Havarie betroffene kleine Kreuzer 'A 11' geht im Schlick nach seinem Bestimmungsort weiter.

Oberts Antwort auf den heftigen Protest

Berlin, 23. November. (Drahtbericht.) Auf das Telegramm des heftigen Staatsministers Obert hat der Volksbeauftragte Obert im Namen der Regierung folgende Antwort erteilt:

Durch Ihre Einladung der einzelnen Staaten zu einer Konferenz in Berlin hat die Reichsregierung zum Ausdruck gebracht, daß sie weit entfernt ist, die einzelnen Staaten anzuklagen...

Rücktritt Ceells

London, 22. November. (Drahtbericht.) Lord Robert Cecil ist infolge von Meinungsverschiedenheiten mit der Regierung in der Frage der Wähler-Ausgrenzung zurückgetreten.

Amerikanische Kontrolle über die Seekabel

Basel, 23. November. (Eig. Drahtbericht.) Der amerikanische Nachrichtenendienst in der Schweiz meldet: Präsident Wilson unterzeichnete eine Proklamation, durch die sämtliche Seekabel unter die Kontrolle der Regierung der Vereinigten Staaten gestellt werden.

Frankreichs Lote

Paris, 22. November. (Drahtbericht.) Oberpräsident des Generalstaates im früheren Genat Domergue erklärt, daß die Verluste Frankreichs an Loten 1 1/2 Milliarden betragen.

Eine Funkenstation in Mannheim

Mannheim, 23. November. (Eig. Drahtbericht.) Die Stadt Mannheim hat eine Funkenstation erhalten. Diese ist auf dem Schloß errichtet und steht in Verbindung mit der deutschen Funkengrossstation Kauen...

Berliner Börse

Berlin, 23. November, 1 Uhr 20 Min. Die Börse eröffnete zum Wochenschluß auf die immer schwieriger werdende Lage im Innern etwas schwächer, doch wurde diese mäßige Haltung weidlich von einer Befestigung abgelehnt...

Leipziger Börse vom 23. November

Der Aufstellungsprozeß, der sich hier schon seit einigen Tagen wildzieht, macht heute weitere Fortschritte. Die Kurse bewegten sich weiter rückwärts bei minimalstem Geschäft.

Stattbilliger Dr. Carl Schuch

Gründungsmitglied für ein weltliches Leben Dr. Carl Schuch: Ich bin seitdem Mitglied der Leipziger Arbeitervereine...

Robert Schumann Möbel Ausstellung. Goethestraße 1. Geöffnet 9-5 Uhr.

Die Leute vom Kleeblatt

24) Roman von Maria Wächter. Copyright 1918 by Robert Fernand Verlag, Hamburg. Mit Riesenschritten kam nach dem Weihen Sonntag der Frühling ins Land...

welchen. Es war gut, daß Emilie dazu kam und aus Tante Jods Hinterhaus eine Neuigkeit mitbrachte, die Susannes schlechte Stimmung vertrieben ließ. Die Tante hatte den Mierszwinshaus kürzer Hand zum nächsten Erben gekündigt...

'Und wenn auch?' gab er erlos zur Antwort. 'Will ich mich nicht in ein handwerksmäßiges Arbeiten von lauter Einzelstücken verlieren und mich durch die Praxis verschlingen lassen, dann hat unsereiner solche Nebendinge auch mal nötig.' Susanne verstand ihn immer noch besser als ihre jüngere Schwester, doch ihren leisen Zweifel wollte auch sie nicht unterdrücken.

(Fortsetzung in der Sonntag-Ausgabe)



Ämtliche Bekanntmachungen

Leichverpachtung. Der Schwannenteich am Neuen Theater soll vom 1. Oktober 1919 ab zur Benutzung als Gabeln auf 5 Jahre verpachtet werden.

Sparkasse Gaußsch. Gemeindevamt. Geschäftst. 8-1 und 8-5, Sonnabends 8-2 Uhr. Tägliche Verzinsung mit 3 1/2 %.

Sparkasse Leusch. Unter Verwaltung der Gemeinde. Rüdiger über 1.000.000 Mk. Einlagezinsen 3 1/2 %.

Sparkasse Wahren. Rathaus. Geschäftst. 8-1 und 8-5, Sonnabends 8-2 Uhr. Einlagezinsen: 20 Millionen Mark.

Gemeindeparkasse Dörsch-Marktleeburg.

Geschäftst. 8-1 und 8-5, Sonnabends 8-2 Uhr. Einlagezinsen: 12.000.000 Mk.

Böhlitz-Ehrenberg Sparkasse. Straßbahn Δ ab Fleischplatz Leipzig-Gundorf. 15 Min. vom Bahnhof Lützsch u. d. Straßbahn.

Sparkasse Baunsdorf.

Geschäftst. 8-1 und 8-5, Sonnabends 8-2 Uhr. Einlagezinsen: 1.000.000 Mk.

Städtische Sparkasse Markranstädt. Unter Verwaltung der Stadtgemeinde. Einlagezinsen: 14 Millionen Mark.

Leipzig und Umgebung Die Leipziger Gemeindebeamten und die politische Neuordnung

In einer gestern nach dem Großen Festsaal des Zentraltheaters abgehaltenen Versammlung wurde nach Vorfragen von den Kandidaten Dr. Josephel und Oberstadtrat Dr. Koch die folgende von Direktor Grob eingetragene und begründete Entschließung...

Österrag 7375 mit dem ihm entgegenkommenden Personenzug: 2501 zusammengeführt. Zwei Reisende des Personenzuges wurden auf der Seite 1000, einer hat nach zwei Tagen im Krankenhaus, drei weitere schwer und acht leichter verletzt.

Handels-Zeitung

Table with 5 columns: Year, Wertpapiere, Debitoren, Guthaben, Bilanz. Data for 1917/18, 1918, 1919, 1920, 1921.

Ludwig Hapfeld, Akt.-Ges., in Böhlitz-Ehrenberg bei Leipzig. Den Abschluß und den auf 25 (i. V. 20) Proz. lautenden Bilanzabschluss haben wir bereits veröffentlicht.

Peniger Maschinenfabrik und Eisengießerei, Akt.-Ges., in Penig i. Sa. Das Unternehmen, dessen Dividende behaltlich mit 10 (i. V. 8) Proz. beantragt ist, erzielte nach dem Geschäftsjahre 1917/18...

Byk-Güldenwerke, Chemische Fabrik, Akt.-Ges., in Piestritz bei Wittenberg. Die Generalversammlung sollte die Dividende auf 14 Proz. fest. Auf Anfrage wurde mitgeteilt, daß die Gesellschaft ein Bankrot haben bezogen...

Bank von England. Der Status des englischen Zentralinstituts vom 21. November präsentiert sich (in 1000 Pfd. St.) folgendermaßen: Gesamtreserve 14 11, Guth. der Privaten 138 7/8, 142 678.

Aus dem Reich

Wählende Kriegsgeld wankt. Der L. u. S.-Rat in Dortmund hat Maßnahmen in die Wege geleitet, um die Flucht von Kriegsgeldwählern über die holländische Grenze zu verhindern.

Recht und Gericht

Landgericht. Das Eisenbahnunglück bei Vorna. Ein folgenschwerer Eisenbahnunfall ereignete sich am 7. Dezember vorigen Jahres in der achten Meilenstunde zwischen den Bahnhöfen Vorna und Köhlitz der einzigen Linie Riesa-Bühlau.

Wochenplan der Leipziger Theater.

Table with 7 columns: Theater, Sonntag, Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend, Sonntag. Lists plays and times for various theaters.

Papiergeldtäschchen für Damen und Herren von 1.25 an in hochfeinsten Ausführung. F. A. Winterstein Lederwarenfabrik Nainstraße 2